

BdSt kritisiert Haushalts-Eckwerte der Bundesregierung bis 2020



Die Bundesregierung hat milliardenschwere Mehrausgaben vor allem für sozialpolitische Wohlfühlprogramme beschlossen, daran übt der Bund der Steuerzahler (BdSt) scharfe Kritik! (Schließlich geht´s ja nicht um Kleingeld...)

Sprudelnde Steuerquellen mißbraucht die Politik sofort für neue Ausgabenprogramme. Damit verschenkt sie finanzielle Spielräume für steuerliche Entlastungen, bilanziert der BdSt. die jetzt beschlossenen Eckwerte für den Bundeshaushalt 2017 sowie den Finanzplan bis 2020.

Die Steuereinnahmen des Bundes, die bis zum Jahr 2020 um fast 50 Milliarden auf 336,7 Milliarden Euro steigen werden, müssen vielmehr dafür genutzt werden, um **den verhassten Solidaritätszuschlag endlich abzuschaffen**

Das würde einer nachhaltigen Politik eher gerecht, als ständig das Sozialbudget in die Höhe zu schrauben! Im Einzelnen:

Nach den Regierungsplänen sollen die Ausgaben des Bundes von 316,9 Milliarden Euro in diesem Jahr schrittweise um fast 31 Milliarden auf 347,8 Milliarden Euro im Jahr 2020 **steigen**.

Die Schwarze Null im Bundeshaushalt bleibt **auf dem Papier** bis 2020 zwar bestehen. Doch darf die Planung nicht darüber hinwegtäuschen, daß in den Folgejahren vor allem die erheblich steigenden Sozialausgaben zu Milliardenlöchern im Haushalt führen.

Wie diese gestopft werden sollen, ohne wieder in die Schuldenfalle zu geraten, ist derzeit völlig offen. Vor wenigen Tagen hat der Bund der Steuerzahler seine neue Einsparliste der Politik an

die Hand gegeben.

Danach lassen sich im Bundeshaushalt jährlich rund **20 Milliarden Euro einsparen**, wenn zum Beispiel der **Eigenkonsum der Bundesverwaltung zurückgeschraubt und unnötige Subventionen gekappt** werden.

Sämtliche Förderprogramme der Ressorts gehören auf den Prüfstand! An strukturellen Einsparungen kommt die Bundesregierung nicht vorbei, wenn sie einen schuldenfreien Haushalt dauerhaft garantieren will, sagt der BdSt.

Der BdSt sieht die große Gefahr, daß die teure Ausgaben-Blase nach der Bundestagswahl 2017 platzen wird und die Politik dann doch Steuererhöhungen beschließt oder neue Schulden aufnimmt.

Der umgekehrte Weg ist richtig: Die Politik muß ihre **blinde Ausgabenwut drastisch zurückfahren** und die Bürger endlich steuerlich entlasten!

(Bund der Steuerzahler Deutschland e.V.)